

Gemeinsamer Appell

Braunkohleregionen brauchen verantwortungsvollen Strukturwandel

Wir appellieren mit Nachdruck an die Mitglieder der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung sowie an die Bunderegierung ein überzeugendes Konzept für einen nachhaltigen Strukturwandel für die Braunkohleregionen vorzulegen, dass die regionalökonomischen Folgen eines Ausstiegs kompensiert und die energiepolitischen Erfordernisse der Versorgungssicherheit und der Stabilität der Energiepreise gewährleistet. Erst wenn dieses Konzept und verlässliche Garantien vorliegen, es die entsprechende Akzeptanz in den Regionen gibt und konkrete Verbesserungen in der strukturellen und industriellen Neuorientierung umgesetzt sind, kann über den Zeitpunkt des Ausstiegs entschieden werden. Vor diesem Hintergrund unterstützen wir das Engagement unserer Ministerpräsidenten Dr. Reiner Haseloff und Michael Kretschmer.

Ein abrupter Ausstieg aus der Braunkohle ist regionalökonomisch kurz- und mittelfristig nicht kompensierbar und würde einen erneuten Strukturbruch für die Menschen in den Regionen bedeuten sowie zu neuen gesellschaftlichen Verwerfungen führen. Die Jahre seit der Wiedervereinigung haben gezeigt, wie schwer es ist, eine neue Wirtschaftsstruktur aufzubauen. Auch mit zusätzlichen Finanzmitteln lässt sich der Strukturwandel nicht beliebig beschleunigen, um im Hinblick auf Beschäftigung und Wertschöpfung adäquaten Ersatz zu bieten. Darüber sollten wir uns im Klaren sein. Ein übereilter Ausstieg ist in jeder Hinsicht kontraproduktiv.

Grundlage für einen gelingenden Strukturwandel ist eine deutliche Verbesserung der wirtschaftsstrukturellen Ausgangsbedingungen. Die digitale und analoge Infrastruktur müssen zeitnah ausgebaut werden, damit die Voraussetzungen für Neuansiedlungen und eine Verbreiterung des Mittelstands geschaffen werden können. Die Notwendigkeit eines Planungsbeschleunigungsgesetzes zeigt, dass das Thema auch grundsätzlich angegangen werden muss.

Es steht außer Frage, dass Klima- und Umweltschutz wichtig sind. Aber es sind globale Themen, die nicht an Grenzen von Ländern und Regionen haltmachen. Deshalb erreichen wir für den Klimaschutz deutlich mehr, wenn wir hochmoderne deutsche Umwelttechnik bspw. im Rahmen der Entwicklungshilfe in die Regionen in der Welt bringen, wo derzeit die schmutzigsten Kohlekraftwerke arbeiten und so den CO₂-Ausstoß insgesamt verringern.

Magdeburg und Dresden, 12.12.2018



Klemens Gutmann

Präsident

Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände
Sachsen-Anhalt e.V.



Dr. Jörg Brückner

Präsident

Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft e. V.